

8. Mai 2023

# Keine Profite auf Kosten der Schwächsten!

Für Gemeinwohlorientierung  
in der Altenpflege.

**DIE LINKE.**

# **Keine Profite auf Kosten der Schwächsten!**

## **Für Gemeinwohlorientierung in der Altenpflege.**

Die gewinnorientierte Altenpflege ist kein Erfolgsmodell. Nicht für die Menschen mit Pflegebedarf, nicht für die Beschäftigten, und mit der aktuellen Pleitewelle in der Altenpflege nicht einmal mehr für die Anleger\*innen<sup>1</sup>.

In Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat die Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft einen Anlauf gestartet, das Problem zu lösen. Dabei zeigte sich, dass die Möglichkeiten auf Landesebene an bundespolitische Grenzen stoßen.

Damit ist zweierlei klar: Die Altenpflege muss in gemeinnütziger Trägerschaft organisiert werden, und dazu braucht es einen bundespolitischen Rahmen. Für diesen Rahmen legt DIE LINKE hiermit einen Vorschlag vor.

## Inhalt

<b>Ausgangslage: Die Misere der aktuellen Altenpflege</b> .....	3
Problem 1: Personalnot .....	3
Problem 2: Steigende Eigenanteile .....	3
<b>Das Geschäft mit der Altenpflege</b> .....	3
Anreize für Finanzinvestitionen:.....	4
<b>Keine Antwort: Lauterbachs Pflegereform</b> .....	4
<b>Unsere Antwort: Pflege gemeinnützig und solidarisch</b> .....	5
Punkte für eine gemeinnützige Pflege: .....	5
<b>Für eine grundlegende Reform der Pflegefinanzierung</b> .....	6
<b>Personalnotstand beheben</b> .....	6

1) [www.spiegel.de/wirtschaft/das-pflege-fiasko-warum-immer-mehr-altenheime-in-die-pleite-rutschen-a-0583b0ff-d61a-44b2-b14b-64bf01206995](http://www.spiegel.de/wirtschaft/das-pflege-fiasko-warum-immer-mehr-altenheime-in-die-pleite-rutschen-a-0583b0ff-d61a-44b2-b14b-64bf01206995)

# Ausgangslage: Die Misere der aktuellen Altenpflege

Die Aussicht, im Alter auf Pflege angewiesen zu sein, ist für Viele mit Schrecken verbunden. Zu Recht.

## **Problem 1: Personalnot**

2040 werden etwa fünf Millionen Menschen in Deutschland Pflege im Alter brauchen. Derzeit werden nur 16 Prozent der Pflegebedürftigen in stationären Einrichtungen betreut, 84 Prozent der anfallenden Pflege-Arbeit wird von Angehörigen (überwiegend Frauen) zu Hause übernommen. Ein Fünftel von ihnen wird dabei von einem ambulanten Pflegedienst unterstützt. Außerdem stehen ihnen eine weitgehend unbekannte Zahl an verarmten Rentner\*innen und sozial schlecht abgesicherten Pflegekräfte aus dem meist osteuropäischen Ausland zur Seite, die die großen Lücken des Sozialstaats in der Pflege notdürftig zu flicken versuchen.

- Bis 2040 werden mindestens 225 000 stationäre Pflegeplätze fehlen, selbst wenn das Verhältnis von stationärer zu privater Pflege gleichbleibe.
- Bereits heute fehlen 200 000 Pflegefachkräfte<sup>2</sup> in medizinischer und Langzeitpflege, bis 2030 werden es mindestens 300 000 sein.

Verschiedene Studien haben gezeigt, dass der einzige Weg zu mehr Personal und gegen den Pfleexit – den Weggang professioneller Pflegekräfte aus ihrem Beruf – eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen sind. Vor allem: weniger Stress, der durch zu wenig Personal verursacht wird.

Was steht dem entgegen?

Der überwiegende Anteil der Pflegeeinrichtungen ist privatwirtschaftlich und damit auf Profit statt auf Gemeinwohl ausgerichtet. Lohnhöhe und Personalbestand sind ein wichtiger Faktor für die Gewinnmaximierung.

## **Problem 2: Steigende Eigenanteile**

Die Eigenanteile für die stationäre Pflege steigen weiter und stellen die Interessen der Beschäftigten nach angemessener Bezahlung gegen die Interessen der Gepflegten: der bundesdeutsche Durchschnitt (!) liegt gegenwärtig bei 2.411 Euro. Große Teile der Bevölkerung können sich das nicht leisten. Wenn das Ersparte aufgebraucht ist, müssen die Kommunen einspringen.

# Das Geschäft mit der Altenpflege

*»Das 10-Jahres-Durchschnittswachstum liegt im Pflegemarktbereich bei 5,5 %, während der sonstige Gesundheitsmarkt um 3,6 % und das Bruttoinlandsprodukt um 2,0 % wachsen.«  
(Pflegeheimkonzern Convivo Geschäftsbericht 2019)*

Bis zur Einführung der Pflegeversicherung 1995 wurde die Altenpflege als gemeinwohlorientierte Dienstleistung vor allem von Wohlfahrtsverbänden sowie kirchlichen und kommunalen Trägern erbracht. Mit der Regulierung im SGB XI wurde sie von der schwarz-gelben Regierung liberalisiert und für private Unternehmen geöffnet. Seitdem ist Altenpflege ein Wachstumsmarkt mit hoher Attraktivität für Finanzdienstleister und Anlagekapital.

2) Heinz Rothgang 2020. Gutachten.

Die Bedingungen waren für Finanzinvestoren ideal: Eine auf absehbare Zeit steigende Nachfrage, die räumlich nicht verlagert werden kann (also kaum Standortkonkurrenz). Verlässliche Einkommensströme aus Pflegeversicherung, Eigenbeteiligung der Bewohner\*innen und Sozialkassen. Schließlich sind die Pflege-Immobilien attraktive Anlageobjekte, die nach dem Heimerwerb oft getrennt weiterverkauft werden, und dann von den Betreibern zu hohen Preisen angemietet werden müssen. Diese Konstellation lockt seit den 2010er Jahren Investoren mit hohen Renditeerwartungen an. Die Gewinnmarge hängt davon ab, wie stark Löhne und Personalkosten niedrig gehalten werden können. Das schlägt sich auch auf die Qualität der Pflege nieder, wie ein Vergleich von öffentlichen bzw. gemeinnützigen Einrichtungen mit privatwirtschaftlichen zeigt.<sup>3</sup>

Seit 2017 steigerten die 25 führenden Unternehmen ihre Kapazität um 22 Prozent. Große Pflegekonzerne sind inzwischen börsennotiert. Beim französischen Marktführer Orpea hat sich der Aktienkurs seit 2015 verdoppelt. Private-Equity-Fonds und die Vermögensverwalter privater Millionäre und Milliardäre erschließen zunehmend das Feld.<sup>4</sup>

### **Anreize für Finanzinvestitionen:**

Das auf kurzfristige Gewinnextraktion ausgerichtete Geschäftsmodell scheint nun ins Wanken zu geraten, wie das Beispiel Bremen zeigt: Innerhalb von 3 Monaten hat dort der 3. Träger Insolvenz angemeldet. Zwei davon sind große Investoren-getragene Unternehmen mit mehreren Heimen – 1 000 Bewohner\*innen wussten über Wochen nicht, wie es für sie weitergeht.<sup>5</sup>

Wie bei den Gepflegten, denen die Mittel für die Eigenanteile ausgehen, muss auch bei Privatunternehmen in der Altenpflege, die jahrelang Profite gemacht und Dividenden verteilt haben, im Krisenfall die öffentliche Hand und damit die Steuerzahler\*innen die Kosten übernehmen, nach dem bewährten Motto: »Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren«.

## Keine Antwort: Lauterbachs Pflegereform

Die oben beschriebene Ausgangslage war schon bekannt, als Spahn seine Maßnahmen aufgelegt hat. Die neue Regierung hatte vollmundig angekündigt, die Fehlstellung beheben zu wollen. Was Lauterbach jetzt als »Pflegereform« vorgelegt hat, löst aber keines der bekannten Probleme:

- Ab 2024 will Lauterbach das Pflegegeld um 5 Prozent erhöhen (erstmalig seit 6 Jahren), die Inflationsrate liegt allein in diesem Jahr bei 10 Prozent.
- Die Beiträge zur Pflegeversicherung werden erhöht, für Menschen ohne Kinder mehr als für Menschen mit mehreren Kindern. Die Beitragsbemessungsgrenze wird aber nicht angetastet. Die Top-Verdiener\*innen zahlen prozentual auf Einkommen immer noch weniger Beiträge als die Beschäftigten z.B. in der Pflege selbst.
- Je nach Verweildauer sollen die Zuschläge zu den Eigenanteilen um 5 bis 10 Prozent steigen. Was von Spahn als Verlegenheitslösung aufgebracht wurde, wird hier auf Dauer gestellt. Von der im Koalitionsvertrag angekündigten Deckelung und Planbarkeit der Eigenanteile kann keine Rede sein.

3) [www.rathaus.bremen.de/sixcms/media.php/13/top%2017\\_20220816\\_Kommerzialisierung\\_Pflegesektor.pdf](http://www.rathaus.bremen.de/sixcms/media.php/13/top%2017_20220816_Kommerzialisierung_Pflegesektor.pdf)

4) Graues Gold – Das Milliarden-Geschäft mit der Altenpflege ([investigate-europe.eu](http://investigate-europe.eu))

5) Trautvetter, Christoph 2023: Wem gehört die Altenpflege? Eigentumsverhältnisse und Geschäftspraktiken in der stationären Altenpflege im Land Bremen.

- Zu Pflegenotstand und Pflexit will die Regierung eine Studie auflegen. Dabei liegen bereits ausreichend Studien zum Fachkräftemangel wie zu den entscheidenden Determinanten für Rückhol-Strategien von ausgestiegenen Pflegekräften vor.<sup>6</sup> Eine weitere Studie abwarten heißt: Der Gesundheitsminister spielt auf Zeit.
- An der Trägerstruktur und der Gewinnerwartung der Pflegeeinrichtungen wird auch von der SPD nicht gerüttelt.

## Unsere Antwort: Pflege gemeinnützig und solidarisch

Ein Umsteuern in der gesetzlichen Pflegeversicherung (SGB XI) ist notwendig und möglich. Dafür muss an erster Stelle der Einfluss profitorientierter Träger im Bereich Altenpflege schrittweise zurückgedrängt werden.

### Punkte für eine gemeinnützige Pflege

Um die Altenpflege wieder auf ihren gesellschaftlichen Zweck – der Hilfe für Menschen mit Pflegebedarf, statt der Rendite der Anleger – zu lenken schlägt DIE LINKE folgende Punkte vor:

- Der gesetzlich verankerte Anspruch auf Gewinn, der sogenannte **Risikozuschlag**, für den der Staat im Zweifel bezahlt, wird ersatzlos gestrichen.
- Der **Pflegemarkt wird auf gemeinnützige Träger begrenzt**. Das ist bundesrechtlich möglich, da es sich um Aufgaben der öffentlichen Daseinsfürsorge handelt.<sup>7</sup> Dazu müsste eine Öffnungsklausel im SGB XI eingeführt werden, wie es im Bereich der Kindertagesstätten (SGB VIII) bereits möglich und in einigen Ländern Praxis ist. Europarechtlichen Regelungen zur Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit ergeben sich nicht (vgl. Oberverwaltungsgericht Hamburg).
- **Kreisläufe des Gemeinwohls schaffen**: Öffentliche Gelder werden auf den Einsatz in Einrichtungen beschränkt, die keine Gewinne abführen und nach Gemeinwohl wirtschaften. Im Nachbarland Österreich hat z.B. das Burgenland eine eben solche Regelung getroffen.<sup>8</sup>
- **Kommunen gründen eigene Träger**, um den wachsenden Bedarf nach qualitativ hochwertiger Betreuung im Alter decken zu können. Nur dann sind sie auch im Fall absehbarer Insolvenzen handlungsfähig und nicht von neuen Investoren abhängig.
- Das **Subsidiaritätsprinzip**, das bisher verhindert, dass kommunale Träger ihr Potential in der Wohlfahrtspflege ausschöpfen, muss abgeschafft werden.
- Starthilfe-Investitionen aus einem **Pflege-Fonds für gemeinwohlorientierte Träger**. Damit werden die Umstrukturierung des Pflegemarktes vorangetrieben und notwendige Kapazitäten geschaffen.

6) Auffenberg, Jennie, u.a. 2022: »Ich pflege wieder, wenn...« Potenzialanalyse zu Berufsrückkehr und Arbeitszeitaufstockung von Pflegefachkräften, hg. v. Bremer Arbeitnehmerkammer und der Hans-Böckler-Stiftung; Hartmann 2018: #PflegeComeBackStudie Hintergründe zu Ausstieg und Rückkehr in den Pflegeberuf

7) Vgl. Baunack, Sebastian und Anna Gilsbach, 2023: Gemeinwohlorientierung in der Altenpflege, Regulierungsmöglichkeiten des Landesgesetzgebers zur Verbesserung der Qualität in Pflegeeinrichtungen im Land Bremen, Gutachten herausgegeben von der Rosa Luxemburg Stiftung

8) Dort wurde geregelt, dass nur noch die Heime Beziehende von Transferleistungen unterbringen, die sich - mit einer Übergangsfrist von 5 Jahren - auf Gemeinwohlorientierung einlassen.

# Für eine grundlegende Reform der Pflegefinanzierung

Grundlegende Reformen des Pflege-Sektors sind dringend. Zu den offensichtlichsten Baustellen gehört die ungerechte und unzureichende Finanzierung.

Forderung:

## **Einführung einer Solidarischen Pflegevollversicherung als Bestandteil einer Solidarischen Gesundheitsversicherung (Bürgerversicherung).**

Statt einer ‚freiwilligen Zusatzversicherung‘, wie sie die Bundesregierung vorsieht – und die würdige Pflege und Unterbringung im Alter ungefähr auf eine Stufe mit Goldfüllungen für Zähne stellt – können die Finanzierungslücken gefüllt werden, wenn alle in die gesetzlichen Versicherungen einzahlen und alle Einkommen verbeitragt werden.

Damit könnten die Beiträge zur Pflegeversicherung (in Prozenten) gleichbleiben, die Eigenanteile der Pflegebedürftigen würden vollständig entfallen. Die Pflegeversicherung würde als »Vollkasko« funktionieren und gleichzeitig die kommunalen Kassen entlasten. Öffentliche Gelder würden nicht länger die Profite privater Betreiber subventionieren.

## Personalnotstand beheben

Was gegen den Personalmangel getan werden kann und warum es nicht mit Anwerbung im Ausland getan ist:

- Die **Gesetzliche Personalbemessung** muss schneller vorangetrieben werden.
- Das gesellschaftliche **Berufsbild Pflege muss attraktiver werden**, mit mehr Anerkennung – und das bedeutet mehr Lohn. Die schnellste und effizienteste Strategie der Fachkräftegewinnung ist es, Berufsrückkehrer\*innen zu gewinnen. Bessere Arbeitsbedingungen bedeuten, die Pflegekräfte sind eher bereit, Stunden aufzustocken. Bessere Löhne bedeuten, dass eine Reduzierung der Arbeitszeit möglich ist, ohne wegen der schlechten Bezahlung den Beruf aufgeben zu müssen.
- **Der graue Markt der informellen Pflegekräfte in Privathaushalten muss besser reguliert werden.** Auch im Interesse der Pflegenden selbst. Indem die Angebote der Pflegeversicherung so ausgeweitet werden, dass alle Bedarfe abgedeckt werden, fließen der Sozialversicherung und öffentlichen Haushalten mehr Beiträge und Steuern zu.